

DEUTSCHER BUNDESTAG
- Enquete-Kommission -
„Kultur in Deutschland“

Thomas T. Müller M. A.

Antworten zum Fragenkatalog
für das Expertengespräch
„Museen und Ausstellungshäuser“

am 19. Juni 2006
Paul-Löbe-Haus, Berlin

 **MÜHLHÄUSER MUSEEN**

Zweckverband in Trägerschaft des Unstrut-Hainich-Kreises und der Stadt Mühlhausen

Antworten zum Fragenkatalog „Museen und Ausstellungshäuser“

Zu 1:

Zu konstatieren ist hier eine sehr unausgewogene Situation, die vielfach favorisierte „Leuchtturmpolitik“ führt zur Stärkung großer Häuser (oftmals mit Event-Charakter) und zur Schwächung mittlerer und kleinerer Häuser.

Diese Unterschiede unterliegen darüber hinaus einem West-Ost-Gefälle. Wobei vor allem die personelle Situation der ostdeutschen Museen, insbesondere jener in kommunaler Trägerschaft, sich spätestens seit der Mitte der 1990-iger Jahre sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht dahingehend verschärft hat, dass ausgewogene Museumsarbeit nur noch eingeschränkt möglich ist. In der Zukunft wird im Osten auf kommunaler Ebene ein weiteres Ausbluten, vermutlich nicht selten sogar lokales Sterben der Museumslandschaft zu konstatieren sein und im Westen Deutschlands, vor allem für die mittleren und kleineren Museen in kommunaler Trägerschaft, eine langsame, aber stetige Angleichung auf das niedrige personelle und finanzielle Niveau im Osten Deutschlands.

Zu 2:

Museen sind versachlichtes Menschheitsgedächtnis. Ihre Rolle als Mittler zwischen historischem Zeugnis, wissenschaftlicher Erforschung und öffentlichkeitswirksamer Präsentation ist in dieser Ausgewogenheit durch keine andere Institution zu ersetzen.

Im Zeitalter der Globalisierung ist gerade den mittleren und kleineren Museen eine identifikationsstiftende Wirkung eigen, die in diesen „wurzellosten“ Zeiten nicht hoch genug einzuschätzen ist. Bei der Integration von Emigranten und Spätaussiedlern spielt diese Funktion bereits eine wichtige Rolle, wenngleich hier noch weiteres Potential auszuschöpfen ist.

Zu 3:

Das Museum wird durch die zunehmende Virtualisierung der Museumswelt eher gewinnen, denn verlieren, wenngleich hierfür eine Anpassung an die sich wandelnden Gegebenheiten in bestimmtem Maß zwingend notwendig sein wird. Diese Anpassung kann allerdings nicht in der uferlosen Digitalisierung von Sammlungsbeständen enden – die Aura des original und selbst wahrgenommenen Exponats ist durch nichts zu ersetzen. Für mittlere und kleine Museen stellt sich weit vorrangiger als eine lückenlose Digitalisierung von Sammlungsbeständen eine Konservierung und Restaurierung der Bestände. Erst wenn diese auf einem vertretbaren Niveau angekommen ist, sollte über eine Digitalisierung im größeren Maßstab nachgedacht werden. Nicht zuletzt aus gutem Grund beginnt die Reihenfolge der musealen Kernaufgaben lt. ICOM-Definition mit dem Sammeln und Bewahren.

Zu 4/5:

Ein Museumsrahmengesetz würde sowohl auf Bundes- als auch (spezifiziert) auf Landesebene zu einer Stärkung der Rechtssicherheit musealer Arbeit führen und politisch-situative Fehlentscheidungen minimieren. Es würde zu größerer Bestandssicherheit führen und Entscheidungen, wie z. B. das Veräußern von Sammlungsbeständen zum Stopfen von Haushaltslöchern der Träger nicht ermöglichen. Zudem würde durch juristisch-verbindliche Definitionen von Museumsarbeit (vgl. ICOM-Standards) der allenthalben zu beobachtende „Wildwuchs“ im Museumswesen reduziert.

Zu 6:

Die vier klassischen Säulen stellen nach wie vor eine zeitgemäße – wenn auch der derzeitigen finanziellen Situation vieler Häuser geschuldet eher idealistische denn realistische – Beschreibung musealer Kernaufgaben dar. In dieser sich rasant verändernden Zeit ist es manchmal revolutionär, konservativ zu sein: Museen sind Wegmarken in der Zeit und sollten dies auch bleiben. Dennoch ist natürlich in der musealen Realität eine klare Verschiebung innerhalb der angemessenen Wahrnehmung der Kernaufgaben zu verzeichnen. Immer knapper werdende finanzielle Ressourcen sorgen dafür, dass die Ausfüllung der Kernaufgaben bei kleineren und mittelgroßen Häusern in vielen Fällen nur noch nach der vorherigen Erfüllung einer Grundvoraussetzung, die zunehmend mehr Zeit in Anspruch nimmt, möglich ist: der Einwerbung von Finanzmitteln. Diesem Umstand und der Tatsache eines, vor allem im Osten Deutschlands zunehmenden Stellenabbaus in der Museumslandschaft geschuldet, können sich viele Häuser lediglich dem Bewahren und Ausstellen widmen, da für das Sammeln ebenso die finanziellen Ressourcen fehlen, wie für das Forschen die personellen.

Zu 7:

Die Diskussion um Mindeststandards (ICOM-Definition) ist dann sinnvoll und richtig, wenn sie nicht als eine negativ besetzte Klassifizierung verstanden wird, die dann wiederum den Kritikern von Museumsarbeit als willkommene Munition zur vermeintlichen Untermauerung ihres angeblich aufgedeckten Einsparpotentials dient. Die Legislative könnte durch das in den Punkten 3 u. 4 thematisierte Museumsrahmengesetz solche Standards befördern.

Zu 8:

Die Überführung von Museen in neue Rechtsformen und Trägerschaften macht nur Sinn, wenn dadurch – neben den von den Trägern natürlich in erster Linie verfolgten finanziellen Vorteilen – vor allem inhaltliche Vorteile für die betroffenen Häuser entstehen. In praxi ist es leider so, dass bei der Übertragung in neue Rechtsformen zu oft nach dem Prinzip „Versuch und Irrtum“ vorgegangen wird, ohne dabei den Sachverstand der Museen/Museumsleitungen einzubeziehen.

Ein positives Beispiel stellt in diesem Zusammenhang die Errichtung des Zweckverbandes Mühlhäuser Museen dar. Die fünf eigenständig profilierten Häuser waren unter der Leitung eines Direktors bis zum Jahr 1992 eine nachgeordnete Einrichtung des Landkreises Mühlhausen. Seit 1993 werden sie als kommunaler Zweckverband in Trägerschaft des Landkreises Mühlhausen (heute des Unstrut-Hainich-Kreises) sowie der Stadt Mühlhausen i. Thür. geführt. Bei allen Widrigkeiten, die sich durch die politische Besetzung der Verbandsversammlung durchaus ergeben können, hat sich der Zweckverband Mühlhäuser Museen als Erfolgsmodell grundsätzlich bewährt.

Zu 9:

(siehe Pkt. 4/5 u. 7)

Zu 10:

Modernem Fundraising kommt heute eine immer größere Bedeutung zu. Die Erfolgchancen steigen dabei proportional zu Größe, Bedeutung und territorialer Lage des betreffenden Museums, wie zahlreiche Beispiele aus der Praxis belegen können. Absolut unzulässig wäre es meines Erachtens, museale Kernaufgaben vornehmlich durch die Generierung von Sponso-

rengeldern zu finanzieren und die Träger damit aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu verabschieden.

Zu 11:

Eine Bindung und Neugewinnung von Besuchern ist in erster Linie durch die Präsentation von für die Klientel des jeweiligen Hauses interessanten Dauer- und Sonderausstellungen zu erreichen. Natürlich muss hierbei erwähnt werden, dass ein solches Vorhaben grundsätzlich von den jeweils vorhandenen finanziellen und personellen Spielräumen des betreffenden Museums abhängig ist.

Wie zahlreiche Beispiele belegen, führt die Freigabe des Eintritts langfristig nicht zu einer relevanten Erhöhung der Besucherzahlen. Außerdem zählen die Einnahmen aus Eintritt, Souvenir- und Publikationsverkauf gerade in finanziell angespannten Situationen zu den nicht unerheblichen Möglichkeiten der anteiligen Selbstfinanzierung.

Die Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit von Museen muss den Museen selbst überlassen bleiben und darf nicht fremd bestimmt werden. Träger musealer Einrichtungen können und sollten vor Ort statt dessen für ein museumsfreundliches kulturpolitisches Klima sorgen.

Zu 12:

Ehrenamt kann, abgesehen von sehr kleinen Museen und Heimatstuben, lediglich ergänzend wirken., da es sich bei den ehrenamtlich Tätigen in der Regel nicht um fachspezifisch ausgebildete Personen handelt.

Hingegen hat sich die Arbeitsgelegenheit (so genannte 1-Euro-Jobs) seit ihrer Einführung zu einer im technischen Bereich sowie im Aufsichtsbereich unverzichtbaren Einrichtung etabliert. Dies bringt neben zahlreichen Vorteilen allerdings auch zwei langfristige Probleme mit sich. So kamen in Einzelfällen bereits Träger auf die juristisch problematische und museumspolitisch fatale Idee, fest angestellte Kassen- und Aufsichtskräfte durch Arbeitsgelegenheiten zu ersetzen, um auf diese Weise Finanzen einzusparen. Unabhängig davon kaschiert der Einsatz von so genannten „1-Euro-Jobbern“ natürlich die reale personelle Situation in den deutschen Museen.